

Änderungsanträge zum Thema Mobilität

Einreicher*innen: Stadtvorstand Halle, Stadtvorstand Magdeburg, René Hempel, Dirk Gernhardt, Robert Fietzke, Florian Fandrich

1. Änderungsantrag

Zeile 2007 das Wort „Verkehr“ ersetzen durch:

„Mobilität“

Begründung:

Für uns ist es eine redaktionelle Änderung. Der Begriff „Verkehr“ geht nicht weit genug, um wirklich alle am Verkehr Teilnehmenden einzubeziehen. Vor allem an Fußgänger:innen wird dabei nicht gedacht. Der Begriff Mobilität umfasst vor allem die Beweglichkeit und die Fortbewegung, egal wie.

2. Änderungsantrag

Zeile 2009 bis 2012 ersetzen durch:

„Mobilität ist für uns die Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe und entscheidender Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Rückgrat einer neuen Mobilitätskultur ins Sachsen-Anhalt ist deshalb für uns der vernetzte Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn.

Daher wollen wir dem Öffentlichen Personennahverkehr als Teil der Daseinsvorsorge die besondere Aufmerksamkeit geben, die er nach der stiefmütterlichen Behandlung der letzten Jahrzehnte benötigt. Wir plädieren für eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege und Wasserstraßen und setzen uns für barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle ein.“

Begründung:

Hier fehlt ein Einstieg in das Kapitel, warum Verkehr/Mobilität so wichtig (Daseinsvorsorge ist sogar gesetzlich geregelt) ist. Der Ursprungstext wurde eingebaut, die Frage der Finanzierung wird später nochmal aufgenommen.

3. Änderungsantrag

Zeile 2017 vor „Individualverkehr“ einsetzen:

„motorisierten“

Begründung:

Der Begriff „motorisierte Individualverkehr (MIV) wird dem Umweltverbund gegenübergestellt, wie hier im Text geschehen, deshalb wäre es fachlich falsch „motorisiert“ wegzulassen. (Beispiel: Fahrradfahren ist auch Individualverkehr, den finden wir aber gut; gemeint ist Automobilverkehr).

4. Änderungsantrag

Ersetzt **Zeile 2019 bis 2020** nach „werden.“:

„Das Landesprogramm zur Barrierefreiheit muss deshalb verlängert und finanziell erweitert werden um die Anforderungen des ÖPNV-Gesetz zeitnah erfüllen zu können. Dafür müssen die ÖPNV-Mittel des Landes schrittweise erhöht werden. Jede Gemeinde muss an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein. Wobei Erreichbarkeit, Verknüpfungen von Bus und Bahn mit den Menschen vor Ort entschieden werden sollen.“

Begründung:

Hier gibt es eine gesetzliche europaweite Pflicht, bis 2023 alle Haltestellen barrierefrei zu gestalten, das muss auch unser Ziel sein. Der Rest ist eine Umformulierung des Ursprungtextes, damit es passt.

5. Änderungsantrag

Zeile 2022 Neue Zwischenüberschrift:

„Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif“

Begründung:

Wir wollen nicht nur kostengünstige Tickets, im Ursprungstext kommt sogar „kostenfrei“ vor, das sollte auch die Überschrift als Ziel widerspiegeln. Die Formulierung wird von vielen anderen Landesverbänden so genutzt und impliziert zumindest, dass Kosten anfallen, aber nicht für die Nutzer:innen.

6. Änderungsantrag

Zeilen 2024 bis 2030 ersetzen durch:

„Die Kosten für den Einzelnen sind ein entscheidender Faktor für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen ihn deshalb mittelfristig landesweit zum Nulltarif anbieten. Dafür muss er im Rahmen der Verkehrs- & Energiewende seitens des Bundes finanziell besser unterstützt werden und wir werden alternative Finanzierungskonzepte durch Anpassungen in der Landesgesetzgebung ermöglichen (Stichwort Jobabgabe).

In einem ersten Schritt werden wir kostengünstige und ganzjährig geltende Schüler-, Azubi, Studierenden- und Sozialtickets durchsetzen und Eigenbeteiligungen streichen, da sie gerade Familien mit geringen Einkommen benachteiligen. Tarifverbünde auch über die Landesgrenze hinaus sinnvoll weiterentwickeln, gegebenenfalls zu einem landesweiten Tarifverbund.“

Begründung:

Eine Neugruppierung des Ursprungtextes mit Begründung, warum das ein sinnvolles Ziel ist. Kostenfrei wurde durch Nulltarif ersetzt, weil es ehrlicher ist. Wer kostenfrei sagt, muss das allgemeine Steueraufkommen meinen (wie bei Schulen u.ä.). Das ist ein tolles Ziel aber kaum finanzierbar. Deshalb „Nulltarif“ mit verschiedenen Finanzierungsmodellen, die landesrechtlich überhaupt erstmal ermöglicht werden müssen (Jobabgabe, Haushaltsabgabe, o.ä.). Tarifverbünde über Landesgrenzen hinaus z.B. wegen mdv, oder wollen wir da Sachsen-Anhalt rauslösen und die Verbindung nach Sachsen/Thüringen verschlechtern?

7. Änderungsantrag

Zeilen 2034 bis 2037 ersetzen:

„Wir setzen auf Bahnen und Busse und wollen die Verkehrsunternehmen der Landkreise und Städte stärken, indem wir sie weiterhin bei der Bus- & Straßenbahnananschaffung finanziell unterstützen. Um Güterverkehr von LKWs auf alternative Transportmöglichkeiten und die Schiene zu verlagern, bedarf es einer großen Kraftanstrengung und innovativer Projekte. Die Bahninfrastruktur und das Schienennetz werden wir aktiv sichern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festzuschreiben, um sie später reaktivieren zu können. Stillgelegte Haltepunkte wollen wir reaktivieren.“

Begründung:

Umformulierung des Ursprungstextes für eine bessere Einleitung und klarere Formulierung: wollen statt sollen. Güterverkehr nicht nur auf die Schiene, sondern auch auf andere Transportvarianten, siehe nächsten Änderungsvorschlag.

8. Änderungsantrag

Nach Zeile 2046 einfügen:

„Auch beim Transport von Gütern wollen wir neue Wege gehen. Für die „letzte Meile“ beim Lastverkehr sollen anbieterneutrale Logistik-Hubs zur stadtverträglichen Feinverteilung, zum Beispiel mit Lastenrädern geschaffen werden. Das muss ein verbindliches Ziel kommunaler Mobilitätsplanung und förderfähig sein. Auch den Nahverkehr im ländlichen Raum wollen wir für den Güterverkehr nutzen. Das hilft Leerfahrten zu verhindern und sorgt dafür, dass viele Ortschaften auch mit regulären Fahrten angesteuert werden können. Das Pilotprojekt „Busschnellgut“ in Salzwedel/Arendsee ist für uns dabei ein wichtiger Ansatz ÖPNV im ländlichen Raum zu stärken. Ein Bus bringt dort in Kooperation mit Bäckereien die Waren zu den Haltestellen, an denen die Menschen ihre bestellten Alltagswaren abholen können. Auch Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie die Nutzung von Straßenbahnen für den Gütertransport in den Nachtstunden wollen wir prüfen.“

Begründung:

Wir sollten uns nicht nur auf die Schiene als Transportalternative fixieren, sondern auch andere Varianten diskutieren, die gleichzeitig den ÖPNV im ländlichen Raum stärken. Pilotprojekte aber auch historische Erfahrungen zeigen, wie es gehen kann. Gleichzeitig können hier Städte und Kreis von Güterverkehr entlastet werden.

9. Änderungsantrag

Zeilen 2047 bis 2048 bis „... nur da geben,“ ersetzen durch:

„DIE LINKE will mit Straßeninvestitionen vorrangig die Infrastruktur erhalten und den Rad- und Fußverkehr stärken. Neubau soll es nur da geben, wo es entsprechende Verbesserungen gibt.“

Begründung:

„Werterhaltung fördern“ klingt sehr technokratisch, gleichzeitig ist hier bei Neubau, bzw. Sanierung eine Leerstelle für den Umweltverbund, die durch den AA korrigiert wird.

10. Änderungsantrag

Zeile 2051 ersetzen ab „...werden“ durch:

„als ein weiterer Baustein einer Mobilität ohne eigenes Auto.“

Begründung:

Rufbusse sind natürlich nicht das non plus Ultra einer Mobilität ohne eigenes Auto, aber ein sinnvoller Baustein unter vielen.

11. Änderungsantrag

Zeilen 2059 bis 2061 ersetzen:

„Wir streben eine ökologische Verkehrswende an, die beinhaltet neben der Stärkung des ÖPNV auch die des Rad- und Fußverkehrs. Radwegebau zwischen den Gemeinden und die überregionalen Verbindungen sollen deshalb Landesaufgabe werden. Die Bewilligung von Fördermitteln für den Straßenbau wollen wir an die Bedingung knüpfen, Rad- und Fußwege auszubauen.“

Begründung:

Präzisiert den Ursprungstext und verknüpft das Thema mit dem ÖPNV. Auch hier wieder „sollen“ durch „wollen“ ersetzt.

12. Änderungsantrag

Zeile 2061 ersetzen von „Das...“ bis „...Radwegeplan“:

„Im Frühjahr 2021 hat das Land einen Radwegeplan vorgelegt“

Begründung:

In unseren Augen eine redaktionelle Änderung, der Radwegeplan ist inzwischen da und soll nicht mehr nur entwickelt werden.

13. Änderungsantrag

Zeilen 2062 bis 2063 ab „... verbindet.“ bis „... werden.“ ersetzen:

„Er ist Grundlage für Planung und Bau der Radwege und soll bis spätestens 2030 umgesetzt werden. Dies wollen wir durch eine Erhöhung der Landesfördermittel und zusätzlichen Planungsstellen beschleunigen. Radschnellwege und Fahrradstraßen wollen wir dadurch systematisch ausbauen.“

Begründung:

Im Ursprungstext wiederholt sich „Radwege(plan)“ sehr oft, das ist ein redaktioneller Vorschlag, aber wir sollten auch den Anspruch haben das schneller zu machen als die aktuelle Landesregierung. Ansonsten Präzisierung was da gebaut werden soll: Radschnellwege und Fahrradstraßen.